

## **Leserbrief**

Stuttgart 21/Zu den Berichten »Duell mit scharfen Worten« und »So oder so: runterkommen«, GEA vom 17. 11.

### **»Die Neubaustrecke - ein falsches Argument«**

Selten, aber immer noch viel zu oft, geht mir als Bundestagsabgeordnete bei der täglichen Zeitungslektüre der Hut hoch. Und zwar immer dann, wenn etwas öffentlich behauptet wird, was nachweislich nicht stimmt. Aktuell ist dies der Fall bei der oft beschworenen, aber nie belegten Behauptung, die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm könnte nur durch den Bau von Stuttgart 21 verwirklicht werden. Dies ist und bleibt schlichtweg falsch. Allein in der vergangenen Woche konnte man die Wiederholung dieser Unwahrheit allzu oft hören und lesen: Ex-Verkehrsminister Hermann Schaufler behauptete es in Pfullingen, der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Hofelich verkündete es in Reutlingen, die Tiefbahnhofverfechter murmeln es beim Infostand: Die Schnellbahnstrecke nach Ulm könne nur mit Tiefbahnhof gebaut werden. Das allerdings ist unwahr. Drastischer ausgedrückt - es ist ein falsches, ein irreführendes, ein unanständiges Argument der S 21-Fans. Im Planfeststellungsbescheid von 1999 zur Neubaustrecke Wendlingen-Ulm steht das genaue Gegenteil dieser Behauptung: Ihre Verwirklichung sei unabhängig von der Ausgestaltung des Verkehrsknotens Stuttgart. Wieso man nicht aus einem Kopfbahnhof heraus nach Wendlingen und von dort aus schnell nach Ulm fahren könne, entbehrt ja auch jeder ingenieurstechnischen Logik.

Als Bundestagsabgeordnete, die den Bau der Neubaustrecke unterstützt, macht es mich dann umso zorniger, wenn Bahnchef Grube der Stuttgarter Zeitung erzählt, »weder Bund noch Bahn« würden das Projekt der Neubaustrecke ohne Stuttgart 21 realisieren. Für wen spricht Grube? Ich sage es in aller Deutlichkeit: Die verkehrspolitischen Richtungsentscheidungen des Bundes werden im Bundestag abgestimmt und der Bahnchef muss diese umsetzen, ausführen und überwachen. Er ist und bleibt nun einmal Angestellter der Bundesrepublik Deutschland und er sollte sich nicht Entscheidungsbefugnisse anmaßen, die er schlichtweg nicht hat.

*Beate Müller-Gemmeke, MdB, Bündnis 90/Die Grünen*